Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 0 50 1 - 6 11 62 10
Bz.: 100 500 00 / Kto-Nr. 0670017787

SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 34

09/98
4. Jahrgang

AUFMARSCH DER NPD IN BRUCHSAL • ANMERKUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL • ANTI-AKW-AKTIONS"WOCHE" • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

Free is the password to our personalities

Mensch kann wohl bereits zum jetzigen Zeitpunkt (Mitte August) behaupten, daß der diesjährige Sommer nicht gerade zum Heißesten zu zählen ist, was die vorangegangene Dekade zu bieten hatte; ein Grund mehr - auch für einzelne Angehörige des Redaktionskollektivs! -, das „Glück durch Sonne" in anderen Gefilden zu suchen und erfolgreich zu finden.

„Heiß" waren dagegen einige mündlich an uns herangetragene Kritikpunkte an der Prä-Sommerpausen-Ausgabe (Juli '98). Unter anderem wurde bemängelt, daß nicht nachzuvollziehen sei, die Seiten 5 bis 10 dieser insgesamt äußerst dünnen Ausgabe mit unkommentierten Abdrucken dreier Aufrufe zur Verhinderung des für den 04.07.1998 geplanten Naziaufmarsches in Heidelberg „vollzustopfen" - und damit „gewöhnliches Flugblattsammlungsniveau" zu erreichen.

Mal abgesehen davon, daß wir uns an exponierter Stelle durchaus des Themas „Naziaufmarsch in Heidelberg" angenommen und ihm dort (im Vorwort »*Ist die beste Subversion nicht die, Codes zu entstellen, statt sie zu zerstören?*«) den Schwerpunkt gewidmet haben, wird es auch in Zukunft immer wieder vorkommen, daß wir - gerade in Zeiten, in denen bestimmte Kampagnen unter Ausnutzung des größtmöglichen Mobilisierungsgrades an die Frau/den Mann „gebracht" werden müssen - Flugblätter, Demoaufrufe oder sonstige „Bekanntmachungen" in inhaltlich unveränderter, unkommentierter Form veröffentlichen. Aber scheinbar erwarten gewisse Leute von uns, daß wir *alles*, was wir in der *Sabo* abdrucken, zunächst kommentieren, dann einer kritisch-solidarischen „Bewertung" unterziehen und schließlich in einen größeren gesellschaftlich-politischen Kontext einbinden.

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Nazi-Aufmarsch in Heidelberg verhindert - Eine Nachbetrachtung in fünf Akten 6
NPD-Aufmarsch in Bruchsal - Stadt Bruchsal läßt Neonazis wieder einmal gewähren 9
Aufruf zu einem gemeinsamen Handeln am 19.09.98 in Rostock - Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock! 11

repression

Neuer Angriffsversuch des Staatsschutzes auf die Göttinger Linke 13
Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung! 14

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im September 16

anti-akw-bewegung

Wann, wenn nicht jetzt?!? - Atomanlagen abschalten sofort! 18

sonstige sabotage

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen 20
Zur Bundestagswahl 22
Metroproletan - Archiv und Bibliothek 27
SKUNK: „*Just trust tomorrow*" - CD-Review 28
Demos & Veranstaltungen 29

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr" im Septermber 32

Auch wenn wir uns geehrt fühlen, solch hehre Erwartungshaltungen an unser Zeitungsprojekt zu provozieren, so hat diese Kritik in diesem speziellen Fall noch eine ganz andere, mit nichts zu beschönigende Dimension: Anhand des Festhaltens der Tatsache, daß wir **ein Viertel** der ohnehin schon dünnen Ausgabe (28 Seiten) mit dem Abdruck einander ähnelnder Demo-/Kundgebungsaufrufe „verschwendet" haben, ohne auch nur im geringsten inhaltlich darauf eingegangen zu sein, kam zum Vorschein, daß durchaus bemerkt wurde, daß diese Juliausgabe die seit langem schlechteste gewesen ist. Auch wenn der Mut zu **offener Selbstkritik** nicht gerade zu den am vehementesten verfolgten „Tugenden" des *Sabo*-Redaktionskollektivs gehört - *das* unterschreiben wir ohne Wenn und Aber! Und führen zu unserer Entschuldigung etwas an, was wir schon einmal in einem Vorwort so angebracht haben:

»Das Involviertsein in die tagtäglich erfahrbaren Herrschaftsverhältnisse nagt selbstverständlich auch an unseren Kräften, eine Zeitung wie diese kontinuierlich herauszubringen; vor allem dann, wenn das permanente Durchlaufen der Apparaturen der gigantischen Unterdrückungs-Maschine unsere Substanz so anzugreifen droht, daß von „publizistischem Engagement" nur noch bedingt die Rede sein kann. Und eine über die Jahre hinweg internalisierte Routine im Erstellen einer

„Die derzeit hegemoniale mediopolitische Klasse [hat] in den letzten Jahren eine massive konfliktverschärfende Ausländerpolitik betrieben und rassistische Positionen von der Bühne der Parlamente her unter Ausnutzung der Massenmedien diskursiv geschürt."

Siegfried Jäger in
Psychologie und Rassismus

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

monatlich erscheinenden linksradikalen Zeitung kann die dadurch entstehenden Unebenheiten bisweilen nicht kaschieren. Kurz: Uns fehlen manchmal die zündenden Ideen für innovative Artikel, die Lust, das in Angriff Genommene zu unserer eigenen Zufriedenheit textlich fortzuführen, die Zuverlässigkeit von Leuten, die uns fest und scheinbar verbindlich Artikel versprochen haben und sie dann trotzdem nicht abliefern, die Geduld, in abwartender Haltung alles auf uns zukommen zu lassen und vor allem - personelle Unterstützung! Im konkreten bedeutet dies, daß sich nicht alle Sabos *auf einem gleichbleibend hohen Level bewegen können.*«

Das haben wir im Dezember 1996 geschrieben; und dem muß - bezogen auf die 33. *Sabo* - eigentlich nichts mehr hinzugefügt werden. Außer vielleicht, daß es in unserer Unzufriedenheit mit dieser substanzlosen Nummer einen kleinen Lichtblick gibt, der auch ganz gut ankam: Das Cover mit den zwei Elefanten! Vielleicht sollten wir öfter solche „netten", nicht ins Plakativ-Politische gehende Titelbilder benutzen, die rein als Blickfang fungieren und in diesem Sinne keine Aussage transportieren. Dieses Mal haben wir uns aber wieder für die „Message" entschieden!

Ansonsten war halt irgendwie doch „Sommerpause" - auch politisch betrachtet. Selbst zum Gedenken an den 11. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess - sonst jährlicher »Ausnahmezustand« für (autonome) AntifaschistInnen - marschierten am 14. beziehungsweise 15.08.1998 insgesamt „nur" einige hundert (Neo)nazis durch Lüneburg, Zielitz (bei Magdeburg), Brilon, Minden, Hameln, Goslar und Greve (bei Kopenhagen). Dort hat die *Dänische Nationalsozialistische Bewegung* (DNSB) ihre Parteizentrale. Sie hatte zum wiederholten Male ihre „Kameraden" nach Dänemark zum Aufmarsch eingeladen. Die dänische Gesetzgebung erlaubt nämlich öffentliches Auftreten mit Hakenkreuzfahnen und SS-ähnlichen Uniformen.

„Um sowohl der öffentlichen Stimmung gerecht zu werden als auch dem Demonstrationsrecht der Neonazis Genüge zu tun, ließ die Polizei die DNSB und ihre Gäste ... völlig überraschend um halb acht Uhr morgens eine kleine Runde durch Greve drehen. ... Bei der Antifa-Demo [die erst kurz vor 12.00 Uhr begonnen hatte, Anm. d. Red.], 100 Meter von der Parteizentrale [der DNSB, Anm. d. Red.] entfernt, setzte die Polizei nach kurzer Zeit Tränengasgranaten ein, um Auseinandersetzungen mit Neonazis zu verhindern. Die Polizei nahm im Laufe des Tages 33 AntifaschistInnen fest."

(**Jungle World** Nr.34, 19.08.1998, S.12)

Alles in allem also ein Reinfall für die (Neo)nazis.

Über die spärlich gesäten anderen Dinge, über die es sich noch zu sprechen lohnt, findet ihr in dieser Ausgabe Texte. Außerdem hat sich erneut der in Essen ansässige STAMM Verlag mit der Bitte an uns gewandt, ihm doch ein Probeexemplar der *Sabo* zukommen zu lassen, um in seinem *Leitfaden durch Presse und Werbung* veröffentlicht werden zu können. Auch unser Wunsch, von Zeit zu Zeit mit CD's beliefert zu werden, um ihnen innerhalb der *Sabo* ein Review zu widmen, ist in Erfüllung gegangen: Wieder hat uns das Hamburger ART BEAT RECORDS-Label eine CD zur Besprechung zugeschickt. Um aber nicht wieder „wertvollen" Vorwortplatz zu „verschwenden", haben wir diese Besprechung in den normalen Textteil gebracht. Und schließlich haben wir endlich herausgefunden, daß die *Sabo* in der im April 1998 vom baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz edierten Broschüre »*Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland - Allgemeine Entwicklung*« wieder einmal lobende Erwähnung findet. Im Kapitel mit der Überschrift „*Autonome Gruppen*" werden wir in einem Atemzug mit linksradikalen Publikationen wie SWING (Frankfurt), RAZZ (Hannover) und UNFASSBA (Münster) genannt.

Darin heißt es:

»*Unter der Vielzahl von - zum Teil konspirativ hergestellten und verbreiteten - Szeneblättern haben die wöchentlich erscheinende „*INTERIM*" und das unter wechselnden ausländischen Deckadressen vertriebene Untergrundblatt „*radikal*" bundesweite Bedeutung. Andere Publikationen wie „*SWING - Autonomes Rhein-Main-Info*", „*RAZZ*" (Hannover), „*UNFASSBA*" (Münster) und „*SABOTAGE*" (**Heidelberg**) besitzen eine eher regionale Bedeutung. Diese Schriften vermitteln ein Bild über aktuelle, im autonomen Bereich diskutierte Themen, enthalten u. a. Berichte über Aktionen, aber auch Tatbekundungen, in Einzelfäl-*

len sogar Sabotageanleitungen oder Hinweise zur Herstellung von Bomben, Brandsätzen, Zeitzündern und dergleichen.«

Anzumerken ist, daß der Fettdruck der Ortsangabe gerade hinter *unserer* Publikation wohl darauf hinweisen soll, daß sie unter den genannten „Szeneblättern" das einzige aus Baden-Württemberg stammende linksradikale „Organ" darstellt; daß ein paar Zeilen *unter* der Angabe unseres „eher regional bedeutenden" »*Bewegungsmelders für fundamentale Kritik an den bestehenden Verhältnissen*« der Begriff „**Sabotage**anleitungen"(!) auftaucht; und daß sich die landesamtlichen VerfassungsschützerInnen endlich einmal ein gelungenes, durchaus für uns werbendes Titelblatt ausgesucht haben, mit dem sie auf der Seite 26 ihrer Broschüre unsere Zeitschrift - neben der INTERIM - auch visuell festhalten wollten.

(Es stammt vom Juni 1997, als das Cover der 21. *Sabo*ausgabe ein imposantes Bild von der Anti-Burschenschaften-Demo in Heidelberg [30.04.1997] schmückte.)

Im übrigen bestätigt sich hier wieder einmal das in der *Arranca!* Nr. 14 (Frühling 1998) folgendermaßen Ausgedrückte: „*Weiterhin wird der (längst internalisierten) staatlichen Repression normativer wie selektiver Charakter zugeschrieben. Zum einen wird sie als Zeichen für erfolgreiche Politik gewertet - wer kennt beispielsweise nicht die fieberhafte Suche nach der eigenen Gruppe im neuesten Verfassungsschutzbericht.*" - Wir schon...

Jedenfalls ein herzliches „Weiter so!" an das Landesamt für Verfassungsschutz - und allen anderen:

Viel Spaß mit einer wieder besseren, dickeren, layouteteren *Sabo*!

Gewidmet ist sie den sieben Migranten, die - mit einem Kleintransporter aus dem Kosovo kommend - am Morgen des 30.07.1998 im sächsischen Weißenborn bei Freiberg tödlich verunglückt sind. (15 weitere Personen wurden teilweise lebensgefährlich verletzt.) Ihr einziges „Vergehen": Flucht vor dem BürgerInnenkrieg in der serbischen Provinz. Der Grund ihres Todes: Flucht vor BGS-Einheiten, die sie aufgrund ihrer „kriminellen Grenzverletzung" (Kanther) verfolgt und buchstäblich in den Exodus getrieben haben. Das ist für uns moderne Menschenjagd, ein (tagtäglich wiederholbares) Produkt der mörderischen Zustände an den Grenzen der Festung Europa, für die das bürgerlich-kapitalistische Herrschaftssystem verantwortlich *ist*, aber nicht zur Verantwortung gezogen *wird*. (Seit 1994 hat es an den deutschen Außengrenzen mehr als 90 Tote gegeben.) Uns wird übel, wenn wir uns *nach* diesen Vorfällen via Medienapparatur Kanthers menschenverachtenden Sarkasmus einflößen lassen müssen: Dieser „law and order"-Maniac hat es gewagt, angesichts *dieser* Vorkommnisse resümierend von der Notwendigkeit zu sprechen, „*durch immer intensivere Grenzkontrollen und eine verbesserte internationale Zusammenarbeit den organisierten Schleppern das Handwerk zu legen*".

In voller Verachtung
Autonomes Redaktionskollektiv

Telekom: Telefonzellen werden nicht abgehört

wit. Mag sein, daß es einfach Scherzbolde waren, die die Zettel in zahlreiche Telefonzellen in Heidelberg klebten. Aber die Deutsche Telekom findet's gar nicht lustig. Deshalb hat sie jetzt offiziell Strafanzeige gestellt, nachdem die mysteriösen Mitteilungen in den Telefonzellen zahlreiche Heidelberger doch ziemlich verunsichert haben.

„Wir teilen Ihnen mit, daß alle Telefonzellen im Raum Heidelberg/Mannheim präventiv abgehört werden. Diese Maßnahme ist auf Grund des Anstiegs der organisierten Kriminalität notwenig", war auf den Zetteln zu lesen. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt nach den Worten des stellvertretenden Heidelberger Telekom-Pressesprechers Robert Weber ein Ermittlungsverfahren aufgenommen, um herauszufinden, wer die Zettel geklebt hat.

Bereits im zurückliegenden April waren ähnliche Zettel in Heidelberg aufgetaucht. Robert Weber betonte gegenüber unserer Zeitung, daß Telefonzellen keineswegs abgehört werden und es sich somit bei den Aufklebern wohl um einen sehr üblen Scherz handle. Ein Abhören einer Telefonzelle könne allenfalls dann angeordnet werden, wenn konkrete Verdachtsmomente dahingehend vorlägen, daß die Zelle von verdächtigen Personen mit Blick auf eine bestimmte Straftat benutzt werde, sagte Weber.

Aus dem Blätterwald:
Rhein-Neckar-Zeitung vom 10.08.98

Nazi-Aufmarsch in Heidelberg verhindert

Eine Nachbetrachtung in fünf Akten

Prolog

Die faschistische Kameradschaft Karlsruhe hatte für Samstag, den 4. Juli, anläßlich des 100sten Todestages des „Reichsgründers" Otto von Bismarck eine Demonstration in Heidelberg angemeldet.* Über das Internet und sogenannte Nationale Infotelefone wurde bundesweit nach Heidelberg mobilisiert. Aus dem gesamten Bundesgebiet wurden Busse mit Neonazis erwartet. Der Aufmarsch wurde von den Nazis als der größte in Heidelberg seit Kriegsende gedealt. Der angekündigte Aufmarsch des Nationalen Widerstandes wurde dann zwei Tage vorher von den Neonazis abgesagt. Grund für die Absage war eine Verbotsverfügung der Stadt Heidelberg, die das Verbot eines Aufmarsches von Neonazis mit zu erwartenden antifaschistischen Gegenaktionen begründete. Die Sicherheit von BürgerInnen und TouristInnen sei angesichts möglicher Auseinandersetzungen von AntifaschistInnen mit Neonazis nicht zu gewährleisten.

Erster Akt - Wer verhindert?

Erster Aufzug - Stadt und Polizei

Die Stadt Heidelberg kündigte im Vorfeld an, alle Versuche von Neonazis, trotz des Verbots zu marschieren, konsequent zu unterbinden. Aus diesem Grund glich Heidelberg am 4. Juli einer Polizeifestung. 1300 BeamtInnen waren im Einsatz, der Meßplatz war ein einziger grün-weißer Fuhrpark, über der Stadt kreisten Hubschrauber und an allen Einfallstraßen nach Heidelberg fanden Vorkontrollen statt. Nach Angaben der Polizei wurde etwa 20 Neonazis die „Einreise" nach Heidelberg verweigert. Kontrolliert wurden jedoch nicht nur Neonazis. Auch zahlreiche ankommende AntifaschistInnen wurden von den „Ordnungskräften" aufgehalten, durchsucht, und teilweise wurden die Personalien festgestellt. Sogar in unmittelbarer Nähe der antifaschistischen Kundgebung wurden Personalien festgestellt. Trotz mehrfacher Aufforderungen durch die Versammlungsleitung und der Versicherung der polizeilichen Einsatzleitung, Personenkontrollen zu unterlassen, wurde immer weiter kontrolliert. Angesichts der Absage der Neonazis schreiben sich sogenannte „demokratische Kräfte" - namentlich die Stadt Heidelberg beziehungsweise die Stadtverwaltung - die Verhinderung des Aufmarsches auf ihre Fahnen. Es dürfte jedoch ziemlich klar sein, daß es sich bei dem Verbot durch die Stadt *nicht* um eine demokratische antifaschistische Gesinnung handelte. Vielmehr ging bei den Stadtoberen die Angst um vor einem Imageverlust - vor allem in bezug auf Tourismus und Einzelhandel.

Zweiter Aufzug - Medien

In der Rhein-Neckar-(Monopol-)Zeitung entblödete sich ein Herr Fritz Quoos nicht, die Verhinderung zuallererst der Stadt und der Polizei zuzuschreiben. Er vermerkte in seinem Kommentar am 6. Juli, „daß nun ein in den letzten Tagen spontan gewachsenes antifaschistisches Bündnis sich den Erfolg - sprich das Fernbleiben der Rechtsextremisten - an die eigene Fahne heften möchte". Diese Tatsache sei nach seiner Meinung mit einem Fragezeichen zu versehen. Nun bleibt diesem Herrn Quoos erstens zu sagen, daß bereits seit Jahren ein Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar besteht, das zum Zwecke einer Verhinderung des Nazi-Aufmarsches auf Initiative der Autonomen Antifa Heidelberg und der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg lediglich „erweitert" wurde - soviel zu „spontan gewachsen".

Zweitens sollte inzwischen klar sein, daß nur eine entschlossene Ankündigung von Widerstand gegen die Neonazis durch ein Bündnis aus überwiegend link(sradikal)en Gruppen dazu geführt hat, daß die Stadt letztendlich den Aufmarsch

verboten hat - nachzulesen in der Verbotsverfügung des Amtes für öffentliche Ordnung.

Zweiter Akt - „Gralshüter der Demokratie"

Außerdem ist es angesichts einer Bedrohung durch Neonazis egal, ob nun link(sradikal)e und/ oder antifaschistische Gruppen „Gralshüter der Demokratie" sind. Nach dem allgemeinen Empfinden sind doch sogenannte „Gralshüter" altbakkene, verknöcherte TraditionalistInnen, oder? Auf solche Leute können progressive Menschen bei zu erwartenden Auseinandersetzungen mit Neonazis durchaus verzichten. Die „großen Parteien", die „gezielt den Abstand" zu dem antifaschistischen Bündnis gesucht haben, stehen durch ihr Fernbleiben vom Bismarckplatz und ihr grenzenloses Vertrauen in Stadtverwaltung und Polizei wenig glaubwürdig da. Spekulationen bringen zwar immer wenig, aber im Falle einer Aufhebung des Verbots des Nazi-Aufmarsches, wären VertreterInnen von CDU oder SPD mit Sicherheit auch nicht auf dem Bismarckplatz erschienen. Soviel zu den „Gralshütern".

Dritter Akt - Das Kapital oder wer?

Besondere Erwähnung hat noch der Geschäfts-Führer des Einzelhandelsverbandes Nordbaden, Erwin Schmalzhaf, verdient. Nach seinen Angaben in der Rhein-Neckar-Zeitung vom 6. Juli 1998 hat der Einzelhandel am 4. Juli „bis zu 20 Prozent Einbußen erlitten". Er führt das darauf zurück, daß „hier der linken Szene Narrenfreiheit gewährt wurde und mit zweierlei Maß gemessen" wurde. Frage ist nun, warum die KundInnen Zuhause geblieben sind - wegen des zu erwartenden Neonazi-Aufmarsches oder wegen der Gegenkundgebung der antifaschistischen Gruppen? Für

„So hätte es am 4. Juli in Heidelberg aussehen können."
Neonazis beim Aufmarsch in Aumühle am 8. August

die Zukunft bleibt ihm zu wünschen, daß seine KundInnen immer öfter verunsichert werden - vielleicht regt das ja einen Denkprozeß beim Einzelhandelsverband und seinem GeschäftsFührer an. Ansonsten sind seine Äußerungen als reine Frechheit zu bezeichnen. Wer die Kapitalinteressen des Einzelhandels vor die Verhinderung eines Aufmarsches von Neonazis stellt, hat nicht unbedingt eine bessere Behandlung als diese zu erfahren. Zumal es dem Herren Schmalzhaf wahrscheinlich sowieso lieber gewesen wäre, wenn ein Riesenmob Faschos „friedlich" durch die Konsummeilen Heidelbergs getingelt wäre, ohne dabei von „wildgewordenen", käuferschichtenabschreckenden Linken angefallen zu werden...

Vierter Akt - Antifaschistische Kundgebung

Trotz des Verbots des Neonazi-Aufmarsches kam es auf dem Bismarckplatz zu einer Kundgebung, die von der VVN/BdA angemeldet wurde. An dieser Kundgebung, die von 10 bis 12.00 Uhr dauerte, nahmen etwa 450 Menschen teil. Im Rahmen der Kundgebung wurden mehrere Redebeiträge gehalten und über Flugblätter wurden Bevölkerung und PassantInnen informiert. Obwohl die Verhinderung des Aufmarsches durchaus als Erfolg der antifaschistischen Gruppen gewertet werden kann, hätte vieles besser laufen können. Hier sollen nur wenige wichtige Punkte angeführt werden:

Die Kundgebung war mit ihren über 400 Leuten von außen kaum als solche zu erkennen. Transparente und Fahnen wurden nur vereinzelt gezeigt und Parolen fast überhaupt nicht gerufen. Die gesamte Kundgebung machte eher den Eindruck einer spontan zusammengekommenen Menschenmenge. Das ist zum einen einer positiven Wirkung auf PassantInnen abträglich und zum anderen nicht gerade medienwirksam (immerhin waren zwei Fernseh-Kamerateams anwesend).

Die Kundgebung wurde von der veranstaltenden VVN/BdA viel zu früh aufgelöst. Die Auflösung erfolgte vor einer Einigung über eine anschließende Demonstration oder einer Fortführung der Kundgebung. Nach der Auflösung verstreuten sich - vor allem hinzugekommene PassantInnen - in alle Richtungen. Die Kundgebung hörte somit auf, wie das bekannte Hornberger Schießen.

Ansonsten gilt aber, wie bereits gesagt: der geplante Naziaufmarsch in Heidelberg konnte aufgrund massiven antifaschistischen Widerstands verhindert werden!

Fünfter Akt - Zusammen gehört uns die Zukunft

Für die Zukunft muß weiterhin gelten: Keine Nazi-Aufmärsche in Heidelberg und anderswo!

Autonomes Redaktionskollektiv

* Der positive Bezug auf den „sozialen Nationalisten", den „Schmied des deutschen Reiches" scheint unter FaschistInnen immer beliebter zu werden. Am 08. August fand in Aumühle bei Hamburg *(Bismarck ist in Friedrichsruh bei Aumühle im Sachsenwald begraben)* ein von den *Jungen Nationaldemokraten* und dem *„Aktionsbüro Nord"* organisierter „Pilgermarsch" statt: zum Gedenken an den am 30. Juli vor 100 Jahren verstorbenen Reichskanzler. Eine Vertreterin der *Antifaschistischen Gruppe Hamburg* hat dazu treffend geäußert: *„Die Faschisten [wählen] zusehends Agitationsfelder, die von bürgerlichen Kräften ins öffentliche Interesse gerückt worden sind"*. Wir werden sehen, wie weit sich die Naziszene ideologisch noch dem staatstragenden, rechtskonservativen BürgerInnentum anbiedern wird; auch wenn Michael Swierczek, einst Vizegeneralsekretär der verbotenen *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP) und Gründer der *Nationalen Offensive*, auf dieser Demo in Aumühle folgendes zum Besten gegeben hat:

„Würde er [Bismarck] in der heutigen Zeit leben, er würde in unseren Reihen marschieren. **Die herrschende Klasse hat nicht das Recht, um die Gunst des Reichskanzlers zu buhlen.**"

NPD-Aufmarsch in Bruchsal

Stadt Bruchsal läßt Neonazis wieder einmal gewähren

Am 18. Juli 1998 konnten AnhängerInnen der faschistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) bereits zum dritten Mal - von der Polizei geschützt und von AntifaschistInnen unbehelligt - ihre Propaganda in Bruchsal unter die Leute bringen. Die letzte dieser Naziaktionen fand am 21.03. dieses Jahres statt. Bei den beiden vorherigen Knastkundgebungen der NPD waren 60 bezeihungsweise 120 TeilnehmerInnen in Bruchsal erschienen.

Mit der Parole *„Freiheit für Günter Deckert und alle anderen politischen Gefangenen!"* hatte die NPD zur Demonstration für die Freiheit ihres inhaftierten Ex-Führers aufgerufen. Rund 160 FaschistInnen folgten dem Aufruf. Deckert sitzt seit einigen Jahren in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und anderer ähnlicher Delikte ein.

Gegen 13.00 Uhr versammelten sich rund 70 Neonazis - überwiegend junge Nazi-Skinheads - im Bruchsaler Schloßhof. Um 14.00 Uhr setzte sich die Demonstration dann in Bewegung. Der Zug vom Schloß zur JVA wurde angeführt vom Mitglied des NPD-Landesvorstandes, Eric Rößler, und einem anderen Funktionär sowie zwei uniformierten Nazis mit SS-Kappen und Trommeln. Der Demo-Spitze folgten zahlreiche schwarz-weiß-rote Reichsfahnen und Fahnen der NPD. Die gesamte Demonstration machte einen gut organisierten Eindruck bis hinein in einen eigenen Skinhead-Block. Für die Disziplin des braunen Haufens sorgte ein Ordnerdienst, dem unter anderem auch der Ludwigshafener Nazi-Kader Christian Hehl angehörte. An der JVA fand dann eine etwa einstündige Zwischenkundgebung statt, auf der die NPD-Redner Lobeshymnen auf ihren ehemaligen Führer Günter Deckert hielten - hierbei wurden immer wieder die „außerordentlichen Führungsqualitäten" des cholerischen Hetzers hervorgehoben. Nach der Kundgebung marschierten die FaschistInnen wieder zurück zum eigens für sie gesperrten Schloßplatz.

Die Nazis vor dem Schloß in Bruchsal

Auffallend bei dieser NPD-Aktion war, daß auf der Demonstration keine einzige Fahne der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) auftauchte, wenn auch mit Eric Rößler aus Weinheim und Michael Wendland aus Leonberg (ehemaliger JN-Landesvorsitzender Baden-Württembergs) mindestens zwei ehemalige Kader der JN anwesend waren.

Neben der Teilnahme anderer bekannter Nazi-Kader der Region, wie Helmut Braun aus Heidelberg-Wieblingen, Ernst Tag aus Ludwigshafen und Ulli Diehl aus dem Saarland, überraschte die Anwesenheit des ehemaligen Kopfes der *Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden* (ANK), Manfred Huck. Huck war Anfang der 90er Jahre einer der wichtigsten Nazi-Funktionäre im süddeutschen Raum. Er fiel immer wieder bei Aktionen der ANK in Heidelberg und Umgebung auf. Zuletzt machte er im Prozeß wegen Fortführung der verbotenen *Deutschen Alternative* (DA) von sich reden. Nachdem Huck Mitte der 90er seinen Ausstieg aus der Naziszene bekannt gegeben hatte und in fast vier Jahren nicht mehr in Erscheinung getreten war, bleibt nun die Frage, inwieweit sich Huck wieder in die Nazistrukturen eingegliedert oder diese je verlassen hat.

Die Stadt Bruchsal hielt es auch dieses Mal im Vorfeld nicht für nötig, die Naziaktion zu verbieten, beziehungsweise ein Verbot zu prüfen. Auch die Öffentlichkeit wurde über den geplanten Aufmarsch nicht informiert - davon zeugt die Tatsache, daß im voraus nichts über den geplanten Aufmarsch der FaschistInnen bekannt wurde. Am 18.07. selbst waren keine MedienvertreterInnen anwesend, und die Berichterstattung der Folgetage stützte sich ausschließlich auf Presseerklärungen der Autonomen Antifa Heidelberg. Bereits die beiden vorherigen Kundgebungen der Neonazis wurden von der Stadt Bruchsal verschwiegen. Naziaufmärsche sollen wohl auch im Badischen wieder zur „Normalität" werden.

Die Autonome Antifa Heidelberg erfuhr erst am Freitag Abend von dem geplanten Aufmarsch der NPD in Bruchsal, somit war die Mobilisierungszeit zu Gegenaktionen denkbar knapp. Das Ergebnis der kurzfristigen Mobilisierung war erschreckend. Offensichtlich ist es vielen AntifaschistInnen in Süddeutschland und im Südwesten nicht bewußt, welchen Stellenwert die Nazis bei uns in der Zwischenzeit wieder erlangt haben. Angesichts einer starken Naziszene in Rheinland-Pfalz und im Saarland sollte es für AntifaschistInnen selbstverständlich sein, auf Antifa-Mobilisierungen in der eigenen Region zu reagieren.

Mit geringem Aufwand und etwa 70 entschlossenen AntifaschistInnen hätte der Naziaufmarsch durchaus verhindert werden können.

Also:
Naziaufmärsche mit allen Mitteln verhindern!

Autonome Antifa Heidelberg
organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Aufruf zu einem gemeinsamen Handeln am 19.09.98 in Rostock
Kein Nazi-Aufmarsch in Rostock!

Die neofaschistische NPD plant am 19.09.98 als Abschlußveranstaltung ihres Wahlkampfes eine Großdemonstration in Rostock-Lichtenhagen. Diese soll vor dem Sonnenblumenhaus enden. Dort fanden vor sechs Jahren über mehrere Tage pogromartige Angriffe auf die damalige Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge und das Wohnheim der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen statt. Für die Nazis ist dieses Haus zum Symbol geworden. Sie hoffen, daß der damals eingeschlagene Weg sie heute in die Parlamente führt. Dazu mobilisieren sei seit Monaten bundesweit und rechnen mit einer internationalen Unterstützung.

Ein von den Bundesspitzen der NPD geführter massiver Wahlkampf seit Anfang diesen Jahres in Mecklenburg-Vorpommern soll ihre Akzeptanz in der Bevölkerung vergrößern. Planmäßig werden täglich im gesamten Land Infotische, Saalveranstaltungen oder Kundgebungen durchgeführt. Die öffentliche Diskussion um Abschiebepraktiken von Ausländern oder um den vermeintlichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Ausländern sowie die nachsichtige Haltung der schweigenden Mehrheit bilden dabei die Grundlage für eine bedrohliche Entwicklung.

Für uns geht es darum, die neonazistische (Wahlkampf-)Propaganda auf allen Ebenen zu behindern, den Nazis nicht den öffentlichen Raum zu überlassen.

Mit pseudosozialen, ausgrenzenden und faschismusrelativierenden Parolen wollen sie nicht nur Wählerstimmen gewinnen, ihnen geht es auch darum, eine rechtsextreme Ideologie wieder salonfähig zu machen. Dabei ist der Kampf gegen Andersdenkende, Schwächere und Schutzlose charakteristisch für die Rechten. Ihre Hetze gegen soziale Randgruppen lenkt von den wahren Gewinnern des Sozialabbaus ab und macht diejenigen für die soziale Misere verantwortlich, die am meisten unter den Kürzungen zu leiden haben. Vor allem militante Naziskins innerhalb der NPD schrecken bei der Durchsetzung

ihrer Ziele vor Gewalt nicht zurück. Doch eine Politik von Ausgrenzung und Gewalt wird die Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Migration, aber auch die Probleme unseres Wohnumfeldes, nicht lösen. Dies kann nur durch stärkeres Einbeziehen aller Beteiligten und durch den Abbau sozialer Ungerechtigkeit erreicht werde.

Wir sind für eine Gesellschaft, in der ein gleiches Recht für Alle gilt und in der demokratische Teilhaberechte unabhängig von einer geographischen Herkunft garantiert werden!

Vielerorts dominieren die Rechten bereits den Alltag auf der Straße. Ein rechter Mainstream, insbesondere unter den Jugendlichen, wird in der Regel durch eine weitgehende Akzeptanz des Rechtsseins in den Jugendklubs begünstigt. Doch es gibt noch viele andere, die auf Nazis keinen Bock haben.

Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich treffen können, ohne ständig mit einem rechten Umfeld und rassistischen Parolen konfrontiert zu sein.

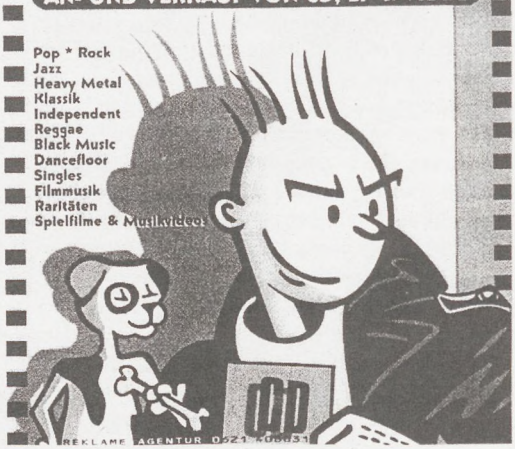
Seit Bekanntwerden der Pläne der Nazis, in Rostock zu marschieren, äußerten bereits viele ihre Empörung und den Willen, den Aufmarsch nicht zuzulassen. Ein breites Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, namhaften Einzelpersonen und Antifas organisiert gemeinsam verschiedene Aktivitäten, um den Nazis ihren Auftritt in Rostock so schwer wie möglich zu machen. Die RostockerInnen und Rostocker sagen „Nein zu Menschenverachtung, rassistischer Gewalt und nationalem Wahn: Kein Platz für Nazis in Rostock und anderswo!

Wir rufen bundesweit antifaschistische Gruppen und Organisationen auf, am 19. September 1998 nach Rostock zu kommen und hier gemeinsam mit uns den Neonazis zu zeigen, daß wir ihren Aufmarsch nicht wollen. Mobilisiert mit allen Kräften zu den geplanten Aktivitäten des Rostocker Bündnisses gegen Rechts!

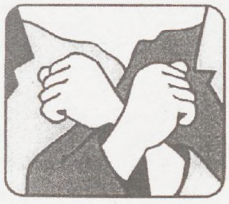
Achtet auf aktuelle Terminankündigungen!

Antifa Rostock

COME BACK
DER LADEN FÜR GEBRAUCHTEN SCHALL
MANNHEIM S1-17
TELEFON 0621 - 27328
FAX 0621 - 28238
Kaiserslautern Fackelpassage Tel. 0631 - 68664
Darmstadt Elisabethenstr. 56 Tel. 06151 - 26874
AN- UND VERKAUF VON CD, LP & VIDEO
Pop * Rock
Jazz
Heavy Metal
Klassik
Independent
Reggae
Black Music
Dancefloor
Singles
Filmmusik
Raritäten
Spielfilme & Musikvideos
REKLAME AGENTUR 0621 406831



Copy-Corner
Merianstr. 5
direkt in der Altstadt
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00
Tel. 2 57 00



Neuer Angriffsversuch des Staatsschutzes auf die Göttinger Linke

Mitte August hat das im Juzi Göttingen ansässige autonome infobüro *bundesweit Faxe versendet, auf denen die Presseerklärung einiger linker Gruppen aus Göttingen zu einem neuerlichen Staatsschutzangriff in dieser Stadt abgedruckt ist. Wir veröffentlichen diese Erklärung nicht nur deshalb, weil wir uns* so *mit der davon betroffenen Person solidarisieren wollen, sondern auch deshalb, weil wir denken, daß so etwas in nächster Zeit durchaus auch in anderen Städten passieren kann. Die Staatsschutzkonstrukte kennen scheinbar keine Grenzen mehr; vielmehr scheint mittlerweile jede Absurdität willkommen zu sein, um per Razzien in die radikale, autonome Linke hineinzuschlagen. Besonders interessant an diesem neuen „Fall" in Göttingen ist für uns die Tatsache, daß sie dem betroffenen 30jährigen Mann nicht „nur" mehrere Brandanschläge unterschieben, sondern aus ihm auch noch einen Redakteur der „*göttinger drucksache*" machen wollen - einem seit Jahren erscheinenden, wöchentlichen Stadt-Info, das für die Landeskriminalämtler scheinbar die „*einzige Publikation [ist], die sich mit der Thematik Sozialabbau und Arbeitslosigkeit intensiv befaßt*". Interessant deshalb, weil es unter solch staatsschützerischen Prämissen durchaus vorkommen kann, daß sie aus irgendeiner Heidelberger Person eineN RedakteurIn der* Sabotage *machen und sie - im Zuge ihres Konstrukts - mit einer „Straftat" in Verbindung bringen, die in dieser Publikation dokumentiert wurde. Für uns aber kein Grund, uns das Maul verbieten zu lassen. Solidarität mit allen von Repression betroffenen linken Menschen!* -Sabotage

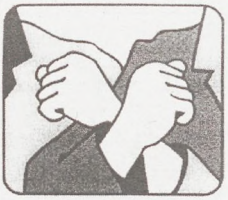
»Am heutigen Dienstag, den 11. August 1998, führte das Landeskriminalamt (LKA) in Göttingen eine Razzia durch. Diese richtete sich gegen eine Person, der die Bildung einer „terroristischen Vereinigung" vorgeworfen wird. Sowohl die Wohnung als auch der Arbeitsplatz des Beschuldigten wurden durchsucht. Die Durchsuchung führten Beamte des LKA und zwei Staatsanwälte durch. In dem ... Durchsuchungsbefehl wird dem Betroffenen in einem wilden Konstrukt die Beteiligung an diversen Anschlägen der letzten drei Jahre vorgeworfen. Er soll an einem Brandanschlag auf das Göttinger Amtsgericht im Mai 1995, an einem Brandanschlag auf eine Baufirma im November 1996 und an dem Brandanschlag auf das Göttinger Arbeitsamt im November 1997 beteiligt gewesen sein. Außerdem wird ihm vorgeworfen, Redakteur der „göttinger drucksache" zu sein. Laut Durchsuchungsbefehl ist die „göttinger drucksache" die einzige „alternative Publikation, die sich mit der Thematik Sozialabbau und Arbeitslosigkeit intensiv befaßt".

Dies ist das dünne Fädchen, mit dem die Staatsschutzbehörden ihr Konstrukt zusammenschnüren. Da für eine Ermittlung nach §129a eine Gruppe von mindestens drei Personen benötigt wird, laufen die Ermittlungen noch gegen „zwei unbekannte Personen", mit denen sie die leeren Reihen ihrer „terroristischen Vereinigung" aufzufüllen versuchen. Die 1991 in großem Rahmen begonnenen Ermittlungen nach §129a endeten kläglich. Das daraus resultierende Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) mußte 1996 ergebnislos eingestellt werden. Der sogenannte Makkenrode-Prozeß führte 1998 zu einer Niederlage für die Staatsanwaltschaft und einem Freispruch für die Angeklagten. (...) Mit dem jetzt bekannt gewordenen Verfahren und den zugrunde liegenden Konstrukten scheint die Staatsanwaltschaft einen neuen kurzatmigen Anlauf zu nehmen.

Auch diesmal werden die Konstrukte des Staatsschutzes zusammenbrechen!

Einstellung aller laufenden Verfahren!«

linke gruppen aus göttingen



Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Die „Innere Sicherheit"

Um das Thema „Innere Sicherheit" in das Zentrum der öffentlichen Diskussion zu bringen, behauptet die herrschende Politik seit Jahren, daß die BRD mehr und mehr von „kriminellen Ausländerbanden", Flüchtlingen, „aggressiven Obdachlosen" oder sonstigen unliebsamen „Störfaktoren" bedroht werde. Mittlerweile vergeht kein Tag, an dem *nicht* über die Konkretisierung sicherheitstechnischer Konzepte debattiert wird, mit deren Hilfe die angebliche Explosion der Kriminalität wieder zurückgedrängt werden soll. Eines dieser „law and order"-Konzepte ist das aus New York importierte Prinzip der „Null-Toleranz" gegenüber Kleinstkriminellen und anderen „StörerInnen" der öffentlichen Ordnung.

Der Abriß des Sozialstaates

Hintergrund all dieser sicherheitspolitischen Bestrebungen ist der forcierte Abriß des „demokratischen" Sozialstaates, der einen noch energischeren Ausbau des autoritären Polizei- und Überwachungsstaates erfordert. Um mit der sich global veränderten ökonomischen Situation der 80er und 90er Jahre Schritt halten zu können, mußte sich auch in der BRD eine neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzen, die von Seiten des Staates verstärkten Druck nach innen notwendig machte:

Dem Widerstand gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung soll seither präventiv vorgebeugt werden.

Ausbau des Repressionsapparates

Dabei bedient sich der auf einer langen Tradition aufbauende Repressionsapparat BRD der unterschiedlichsten Strategien:

„Eine ... Strategie, potentiellen Widerstand gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu verhindern, ist die bewußte Schaffung von Feindbildern, die die (Volks-)Gemeinschaft zusammenschweißen und von den wirklich ... Verantwortlichen ablenken soll." (Antifaschistische Jugend Aktion Heidelberg [AJA], 1998)

Die angeblich von MigrantInnen dominierte „Organisierte Kriminalität" ist zum geflügelten Wort all derjenigen geworden, die das ohnehin wacklige Sozialstaatssystem gänzlich demontieren wollen - auch wenn die von SicherheitsfanatikerInnen wie Manfred Kanther (CDU) oder Otto Schily (SPD) losgetretene Hysterie gegen die „atemberaubende" Ausbreitung „organisierter Kriminalität" statistisch nur widerlegt werden kann.

Keinesfalls abgenommen hat deshalb aber die Repression gegen politische GegnerInnen: Die Kriminalisierung und Bekämpfung gesellschaftlich relevanter Gruppen war immer Bestandteil des politischen Systems der BRD - ob es sich nun

um die KPD, die RAF, die Revolutionären Zellen, die Anti-AKW-Bewegung oder die kurdische Linke handelte.

Die Antifa als Testfeld

Eine der am stärksten davon betroffenen Bewegungen ist zur Zeit die (autonome) Antifa-Bewegung. Vor allem an ihr übt der militärisch aufgerüstete und gegen Flüchtlinge aus anderen Ländern abgeschottete BRD-Staat für den Ernstfall im Innern. Seit Anfang der 90er Jahre sind es vor allem die angeblichen „DrahtzieherInnen" militanter Aktionen gegen FaschistInnen, die immer wieder ins Fadenkreuz der „Strafverfolgungsbehörden" geraten.

Vorläufigen Höhepunkt der Repression gegen organisierte autonome AntifaschistInnen bildete der *Versuch*, die Autonome Antifa (M) aus Göttingen mit Hilfe der Gummiparagraphen 129 bzw. 129a zu zerschlagen. Das daraus resultierende Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) mußte 1996 ergebnislos eingestellt werden.

Aber auch anderswo sollte die Kriminalisierung erfolgreichen antifaschistischen Widerstandes dazu führen, die davon Betroffenen *so* einzuschüchtern, daß sie sich in Zukunft von jeglicher Art revolutionärer Politik fernhalten. Ein Beispiel hierfür ist die Repression gegen Bietigheimer AntifaschistInnen, die beschuldigt werden, am 14. September 1997 eine Feier von etwa 50 FaschistInnen in Bietigheim-Bissingen angegriffen, dabei sechs Faschisten verletzt und mehrere ihrer PKW beschädigt zu haben.

Bundesweite Staatsschutzangriffe gegen AntifaschistInnen am 12.05.1998

Nun ist am 12.05.1998 eine neue Eskalationsschiene erreicht worden: Nicht nur, daß an diesem Tag in acht Städten der BRD Razzien bei 28 autonomen AntifaschistInnen durchgeführt wurden, denen vorgeworfen wird, innerhalb der Antifa Passau eine „kriminelle Vereinigung" nach §129 gebildet zu haben - NEIN!: Erstmals hat die politische Polizei Deutschlands auch *versucht*, Mitgliederlisten der legal operierenden Roten Hilfe e. V. zu beschlagnahmen. Im Archiv der Rote Hilfe, das seine Räume im Göttinger Buchladen Rote Straße hat, sind sie aber glücklicherweise nicht fündig geworden. Trotzdem gilt:

„Gleichzeitig mit der Kriminalisierung einer linken politischen Gruppe werden auch diejenigen kriminalisiert, die mit den Betroffenen solidarisch sein könnten!"

(aus der Rote Hilfe-Presseerklärung zu den bundesweiten Staatsschutzangriffen)

Die Rote Hilfe

Das wird die Rote Hilfe e. V. aber nicht davon abhalten, auch in Zukunft antirepressive Arbeit in der BRD zu leisten. Sie wird sich als parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation auch weiterhin für alle einsetzen, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Als eingetragener Verein mit mehr als 3 000 Mitgliedern ist die Rote Hilfe in der Lage, Kosten aufzufangen, die bei politischer Repression gegen linke Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen entstehen.

Deshalb fordert *„die Rote Hilfe ... alle auf, die zunehmende politische Unterdrückung in der BRD nicht hinzunehmen, sondern sich zu organisieren und dagegen anzugehen! Nur eine kontinuierlich arbeitende und überparteiliche Solidaritätsaktion ... bietet die Gewähr dafür, daß möglichst allen politisch Verfolgten in möglichst großem Umfang geholfen wird."*

(aus dem *„Schafft Rote Hilfe!"*-Mitglieder-Werbeblatt der Rote Hilfe e. V. von 1998)

Solidarität heißt Widerstand gegen staatliche Unterdrückung!

Schafft Rote Hilfe, werdet Mitglied!

Rote Hilfe e. V. Ortsgruppe Heidelberg
im August 1998

Das Autonome Zentrum im September

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 Di		18 Fr	21.00 **KINO-Abend** für FrauenLesben 22.00 **FrauenLesben Disco**
2 Mi	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Do - So)**	19 Sa	21.00 **PROCYON**: Jungle mit **Yellow E, CK, EASY T, APE** (Live-Act) und specials
3 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü & Kneipe mit **Underwater Experience** 22.00 **Jet Zet Sessions** im Keller: jazz, soul, hiphop	20 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew**: **Französischer Abend**
4 Fr	21.00 **KINO-Abend** (mit Videobeamer) mit: „**HASS**“ (Frankreich, 1994) und „**Breaking Glass**“ (England, 1980)	21 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
5 Sa		22 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Fr, So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Antifaschistischen Jugend Aktion (AJA)**
6 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**: **Italienischer Abend**	23 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
7 Mo	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Mo-Fr+So)** **Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü	24 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
8 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit den „**Drei Damen vom Grill**“	25 Fr	20.00 Kneipe des **Roten Splitters** 21.00 **KINO-Abend**

Di	20.00 Vokü und Kneipe mit der **„Drei Damen vom Grill"**
9 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
10 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
11 Fr	21.00 **KINO-Abend** mit **„Der Garten"** (F/SL 95) 22.00 **CIPHASUPREME** -Skills, Styles & Phatt Flavour: drum ‚n' bass mit DJ Dix, sp. guests
12 Sa	22.00 **„Going Under Ground"**: Independent, Alternative, Kreuz-Über mit dem DJ **m&m**
13 So	11.00 **Frühstücksbuffet** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew** 20.30 **Infoveranstaltung**:DVU-Parteitag in Passau
14 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
15 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - Do, So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **Gewaltfreien Aktionsgruppe (GA)**
16 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
17 Do	19.00 offenes Treffen der **Antifaschistischen Jugend Aktion (AJA)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **UnheilBar**
Fr	21.00 **KINO-Abend** 22.00 **70ties-Fever-Party** mit dem **Disco Inferno**
26 Sa	22.00 **shut up and dance!** drum ‚n' bass, dub, big beat mit den DJs **Hookaman, Danilo** und **Kenneth**
27 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew**: **Arabische Nacht**
28 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
29 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ** 20.00 **PicNik** mit **NicNik**
30 Mi	19.00-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**

Vokü = Essen zum Selbstkostenpreis: 2 - 3 DM

Öffnungszeit der Kneipe: 20.00 - 0.00
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
ab 20.00 Kultgruppe
Mittwoch, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

WANN, WENN NICHT JETZT ?!? ATOMANLAGEN ABSCHALTEN SOFORT!!!

*Vom 10. bis zum 20. September soll in sechs deutschen Städten, in oder bei denen sich Atomkraftwerke, atomare „Zwischen"-Lager oder Urananreicherungsanlagen befinden, eine »*Aktions"woche" für die Demontage des Atomstaates*« durchgeführt werden. Dazu aufgerufen wird von den* Gruppen des Delegiertentreffens Ahaus *und der* deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland. *Den Beginn macht ein „Testcamp" am atomaren „Zwischen"-Lager in Greifswald (10. - 13. September). Die weiteren Daten könnt ihr dem Veranstaltungskalender weiter hinten entnehmen, wo dann teilweise auch noch genauer auf die einzelnen Standorte eingegangen wird. Im folgenden dokumentieren wir in leicht gekürzter Form den allgemeingültigen Teil des Flugblattes, mit dem zu dieser Aktionswoche mobilisiert wurde. Positiv aufgefallen ist uns, daß ein eigener Kasten dieses uns zugesandten vierseitigen Faltblattes der „Teile und herrsche"-„Problematik" gewidmet ist. In diesem mit „*Die Stärke des Widerstands*" überschriebenen Statement wird unmißverständlich deutlich gemacht, daß sich der Anti-AKW-Widerstand nicht in „friedlich" und „gewalttätig" spalten lassen darf und die „*Vielfalt, zu der **unterschiedlichste** Aktionsformen gehören, ... unsere Stärke [ist]".*

Wollen wir hoffen, daß der vor einigen Monaten öffentlichkeitswirksam aufbereitete „CASTOR-Skandal" in positivem Sinne genutzt und der kapitalistischen Atommafia endlich der Garaus gemacht werden kann. Genau dazu wird es aber nötig sein, daß sich andere soziale Kämpfe noch mehr in die Anti-AKW-Bewegung einklinken und so ein effektives Widerstandspotential entsteht.

-Sabotage

»Wenn der CASTOR-Skandal etwas gezeigt hat, dann, daß es keine wirksame Kontrolle gegenüber den kriminellen Machenschaften der Atommafia gibt. Sicherheitstechnik hat genauso versagt, wie alle Kontrollen. Dies hat lediglich gezeigt, daß Atomkraft nicht sicher, nicht beherrschbar, nicht kontrollierbar ist. Durch die Konzentration des Widerstandes auf die CASTOR-Transporte blieben die anderen Stationen der Atommüllspirale unberücksichtigt. Mit dem Widerstand gegen die unterschiedlichen Stationen der Atomwirtschaft wollen wir aber das gesamte Atomprogramm zu Fall bringen.

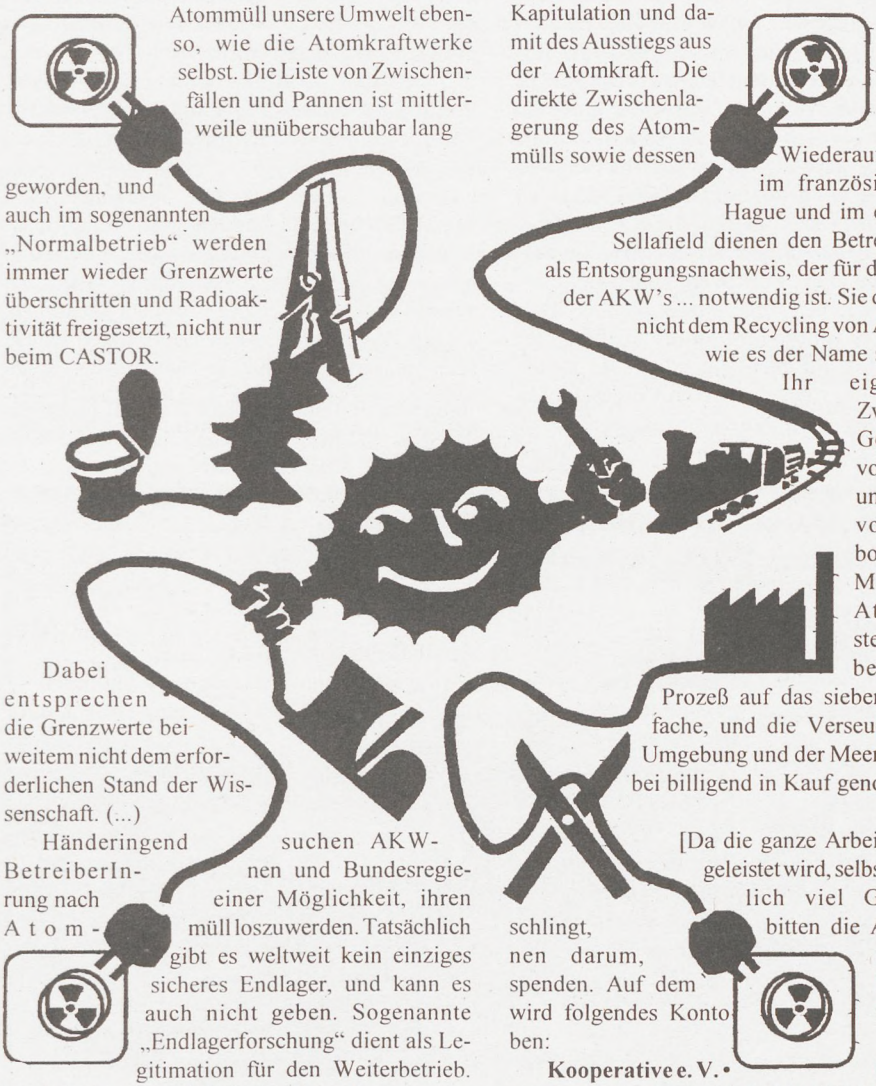
In den 50er Jahren wurde von der Bundesregierung das Atomprogramm aufgelegt, um der BRD den Bau von Atombomben zu ermöglichen. Strom war ursprünglich nur ein Nebenprodukt, und wegen der Unwirtschaftlichkeit zögerte die Industrie, bis satte Subventionen die Atomkraft profitabel machten. Die Trennung in „friedliche" und „militärische" Nutzung ist absurd. Wiederaufbereitungsanlagen produzieren weiterhin waffentaugliches Plutonium, Urananreicherungsanlagen können jederzeit die Produktion von hochangereichertem Uran (HEU) aufnehmen. Der neue „Forschungsreaktor München II" soll mit atomwaffentauglichem Uran betrieben werden, um den Umgang mit diesem Material zu erproben.

Dabei stellt bereits der Abbau des Urans eine existentielle Bedrohung für die Menschen dar... Um eine Tonne des benötigten Urans zu gewinnen, müssen 1,2 Millionen Tonnen Erz und Abraum abgetragen werden. Dabei verursachen die

Uranminen eine gigantische Verseuchung ihrer gesamten Umgebung. Auch das Uran, das in der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau verarbeitet wird, trägt zu dieser Verseuchung bei. Auf dem Weg zum Bau der Bombe oder in ein ungewisses Endlager verstrahlt der Atommüll unsere Umwelt ebenso, wie die Atomkraftwerke selbst. Die Liste von Zwischenfällen und Pannen ist mittlerweile unüberschaubar lang geworden, und auch im sogenannten „Normalbetrieb" werden immer wieder Grenzwerte überschritten und Radioaktivität freigesetzt, nicht nur beim CASTOR.

Dabei entsprechen die Grenzwerte bei weitem nicht dem erforderlichen Stand der Wissenschaft. (...)

Händeringend suchen AKW-BetreiberInnen und Bundesregierung nach einer Möglichkeit, ihren Atommüll loszuwerden. Tatsächlich gibt es weltweit kein einziges sicheres Endlager, und kann es auch nicht geben. Sogenannte „Endlagerforschung" dient als Legitimation für den Weiterbetrieb. Es sind nicht einmal Kriterien festgelegt worden, wonach die Eignung eines Endlagers festzustellen ist, sonst hätten z. B. die Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben längst eingestellt werden müssen. Diese „Forschung" dient also ... lediglich der Verschleppung der Kapitulation und damit des Ausstiegs aus der Atomkraft. Die direkte Zwischenlagerung des Atommülls sowie dessen Wiederaufbereitung im französischen La Hague und im englischen Sellafield dienen den BetreiberInnen als Entsorgungsnachweis, der für den Betrieb der AKW's ... notwendig ist. Sie dient dabei nicht dem Recycling von Atommüll, wie es der Name suggeriert. Ihr eigentlicher Zweck ist die Gewinnung von Plutonium zum Bau von Atombomben. Die Menge des Atommülls steigert sich bei diesem Prozeß auf das sieben- bis 15-fache, und die Verseuchung der Umgebung und der Meere wird dabei billigend in Kauf genommen.«



[Da die ganze Arbeit, die hier geleistet wird, selbstverständlich viel Geld verschlingt, bitten die AktivistInnen darum, Cash zu spenden. Auf dem Flugblatt wird folgendes Konto angegeben:

Kooperative e. V. • Kreissparkasse Borken • BLZ 428 513 10 • Kontonummer: 590 988 97.]

KARAWANE FÜR DIE RECHTE DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

Ein breites Bündnis von Flüchtlings- und MigrantInnengruppen sowie antirassistischen Initiativen [führt] eine bundesweite Demonstration gegen die immer schneller eskalierenden Angriffe gegen Flüchtlinge [durch]. Diese „Karawane" startete am 15. August in Bremen, und endet am 20. September in Köln - eine Woche *vor* den Bundestagswahlen. Fünf Wochen lang wird die Karawane von Stadt zu Stadt ziehen, mit großen politischen Aktionen in 28 Städten. (...) Das Ziel ist, sich während der Wahlkampfzeit kräftig auf lokaler wie bundesweiter Ebene in die Politik einzumischen.

Die unsäglichen Äußerungen, die die CDU-SPD-Politiker Anfang des Jahres anläßlich der Ankunft der kurdischen Flüchtlinge in Italien gemacht haben, gaben uns einen Vorgeschmack auf die Haltung dieser Parteien gegenüber Flüchtlingen. Als Italien die KurdInnen, die an ihren Küsten ankamen, als politische Flüchtlinge bezeichnete, bestand Deutschland darauf, sie seien „kriminelle Einwanderer", und griff die italienische Regierung an, weil sie ihre Grenze nicht genügend abschotten würde.

Nicht nur Flüchtlinge, auch andere MigrantInnen sind betroffen. Einflußreiche politische Personen haben bereits offen erklärt, daß „die zweite MigrantInnengeneration von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht" werde. Sie argumentieren damit, daß diese Jugendlichen unterqualifiziert seien, keinen Respekt vor den deutschen Gesetzen hätten und in „kriminelle Aktivitäten" verwickelt seien. Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber aufgrund „krimineller Handlungen" abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschiebepraxis in der BRD.

Die wichtigsten Stationen der Karawane in unserem Einzugsbereich:

Freitag, 04.09.	**Aktionen in Stuttgart**
Samstag, 05.09.	**Infostand in Heidelberg, Anatomieplatz (10 - 14.00 Uhr); Aktionen am Abschiebeknast in Rottenburg; Aktionen in Tübingen**
Sonntag, 06.09.	**grenzüberschreitende Aktionen in und bei Straßbourg zusammen mit der „sans papiers"-Bewegung**
Monntag, 07.09.	**Aktionen auf dem Mannheimer Marktplatz (siehe Kasten); Aktionen in Karlsruhe**
Dienstag, 08.09.	**Aktionen in Trier**
Mittwoch, 09.09.	**Aktionen in Mainz**
Donnerstag, 10.09.	**Aktionen in Wiesbaden**
Freitag, 11.09.	**Aktion am Abschiebeknast Offenbach; Aktion in Hanau**
Samstag, 12.09.	**Schiffahrt nach Frankfurt mit anschließenden Aktionen in Frankfurt**
Bundesweite Demonstration/Abschlußdemo der Karawane	
Samstag, 19.09.	**Köln, 12 Uhr Ebertplatz, 14 Uhr Neumarkt, anschließend Kulturfest**
Sonntag, 20.09.	**Karawane-Abschluß-Kongreß, UNI Köln**

Die Karawane kommt!

»Wir wollen am Montag, den 7. September den ganzen Tag lang auf dem Marktplatz mit dem ASYL-MOBIL (18 Meter langer Sattelschlepper, in dem mensch sich eine Vorstellung von einem „Asyl"verfahren machen kann), mit Ständen, Redebeiträgen verschiedener progressiver Organisationen ... und Musik auf die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen aufmerksam machen. Wir wollen protestieren gegen die bundesrepublikanische „Asyl"politik, die menschenverachtend und rassistisch ist. Auch vor dem größten Abschiebeknast Baden-Württembergs in Mannheim-Herzogenried wollen wir uns mit den inhaftierten Flüchtlingen solidarisieren, die nur deswegen kriminialisiert und entwürdigend behandelt werden, weil sie es gewagt haben, vor Hunger, Folter und Krieg in das chauvinistische Deutschland zu fliehen. Wir sind bis jetzt noch wenige, hoffen aber, mit einem breiten Bündnis aus Mannheim und der nahen Region zusammen zu kommen, damit auch in Mannheim ein sichtbares Zeichen für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen gesetzt wird.«

ARI (Antirassistische Initiative Mannheim)
c/o Bücherladen Mannheim-Neckarstadt, Kobellstraße 17, Telefon (06 21) 37 77 29

Während die Arbeitslosigkeit in der BRD weiter steigt, werden die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische PolitikerInnen verteidigen das System und den Status quo, indem sie versuchen, die berechtigte Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlinge zu wenden. Die verhängnisvollen Aussagen dieser PolitikerInnen finden eine beängstigende Resonanz in der deutschen Gesellschaft. Die Stimmengewinne der faschistischen DVU in Sachsen-Anhalt sind hierbei bloß die Spitze des Eisbergs.

Wir haben keine Wahl - aber eine Stimme!

Karawane-Demonstration in Berlin - Mai 98

Flüchtlinge und MigrantInnen können die Wahl nicht direkt beeinflussen - obwohl sie in vielerlei Hinsicht Wahlkampfthema sein werden. In der Wahlkampfzeit werden wir mit der „Karwane" dafür kämpfen, unsere Realität ins Bewußtsein der deutschen und weltweiten Politik zu bringen.

Wir rufen alle Flüchtlinge, MigrantInnen, AntirassistInnen, feministische Organisationen, Kirchengruppen, AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen und die gesamte fortschrittliche Bevölkerung auf, Teil der Karawane zu werden.

Kontakt in der Region:
Antirassistische Initiative Mannheim
c/o Bücherladen Mannheim Neckarstadt
Kobellstraße 17
68167 Mannheim
Tel/Fax 0621/152410

Kontakt bundesweit:
Internationaler Menschenrechtsverein Bremen e. V.
Kornstraße 51
28201 Bremen
Tel 0421/5577093
Fax 0421/5577094 oder 0421/4987276
e-mail mail@humanrights.de
http://www.humanrights.de

ZUR BUNDESTAGSWAHL

*Am 27.09.1998 ist Bundestagswahl. Nun, ohne euch jetzt mit der platten Parole „*Wahlen ändern nichts, sonst wären sie verboten*" quälen zu wollen, aber eins steht fest: In diesem bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftssystem, das auf den unterschiedlichsten Unterdrükkungsverhältnissen aufbaut, wird nur ein revolutionärer Umsturz von unten eine radikale Veränderung herbeiführen. Erst dann ließe sich die durch institutionelle Materialität und funktionale Ausdifferenzierung gewährleistete Präsenz des bürgerlich-kapitalistischen Staates in* allen *gesellschaftlichen Bereichen Schritt für Schritt abbauen - bis schließlich vom „*Ensemble verschiedener Apparate und Institutionen, die in einem funktionalen Verhältnis zu den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und ihren Fraktionen stehen*" (Jost Müller), nichts mehr übrigbliebe.*

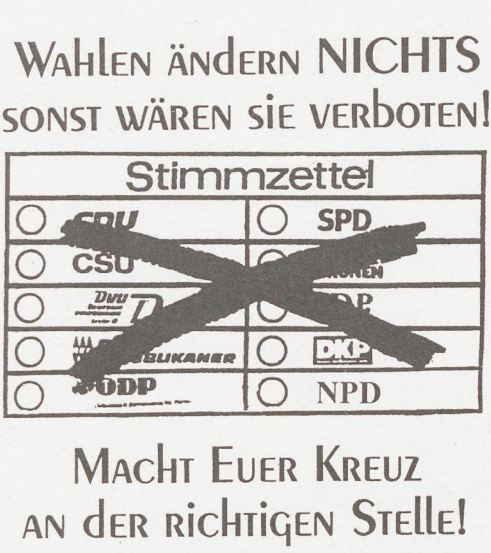
Aus diesem Anlaß wollten wir der anstehenden Bundestagswahl doch noch mehr Gedanken widmen, auch wenn es aus mehreren Gründen nicht mehr möglich war, sie selbst aufs Papier zu bringen. Wir haben aber nicht lange suchen müssen, um einen Text zu finden, der - in etwas moderaterer Form - passend zu dieser „Wahl"-Farce veröffentlicht werden kann. Die Person, die ihn damals (vor mehr als vier Jahren) für das Programmheft des Autonomen Zentrums *geschrieben hatte und zu der wir auch heute noch Kontakt haben, überließ ihn uns zur Überarbeitung für die* Sabotage. *Auch wenn wir nicht alles, was darin in ziemlich ausführlicher Art und Weise zur Sprache kam, heute noch ohne Wenn und Aber unterzeichnen wollen, so hat dieser Text im großen und ganzen doch noch seine Berechtigung - vor allem in der von uns überarbeiteten, gekürzten Form. Und genau* die *präsentieren wir euch nun. Also denkt daran: Ihr habt nur eine Wahl - die Revolution!* -Sabotage

Dieses Jahr ist es wieder einmal so weit: Die Herrschenden bitten am 27.09.1998 mehr als 60 Millionen wahlberechtigte „BundesbürgerInnen" zur Bundestagswahl, um sich in einem feierlichen Selbstbeweihräucherungsakt des „allgemeinen", gleichen, geheimen und direkten Wählens „demokratisch" legitimieren zu lassen. Dabei wird bereits die Berechtigung zur Stimmabgabe in antidemokratisches, nationalistisch-reaktionäres Gedankengut gepreßt: wählen dürfen nur **BesitzerInnen eines deutschen Passes, die einen *festen* Wohnsitz haben, nicht „entmündigt" oder gar zu „Geisteskranken" erklärt wurden, und die das Glück haben, zur Zeit der Wahl nicht in einer Justizvollzugsanstalt „untergebracht" zu sein.**

Um die Farce eines solchen ritualisierten Urnengangs demonstrieren zu können, ist es nötig, gegenargumentativ von der herrschaftsbejahenden Sicht derjenigen auszugehen, die uns mit unterschiedlichen Phrasen aus dem Bereich der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" blenden, um ihren Machterhalt in sicherer Effektivität einpendeln lassen zu können.

In den Augen bürgerlicher StaatsbeschwörerInnen hat nämlich das im „Zentrum des bundesrepublikanischen Institutionensystems angesiedelte Parlament"[1] - der Bundestag - vier Funktionen zu übernehmen: In ihm sollen nicht nur „die im Volke vorhandenen politischen Auffassungen Ausdruck finden"[2] und „das Regierungshandeln einer politischen Kontrolle unterzogen werden"[3]; es bestimmt auch - direkt oder indirekt - „die personelle Besetzung aller anderen zentralstaatlichen Organe"[4] und wirkt - zusammen mit dem Bundesrat - „an der Gesetzgebung mit". Um als das „einzige *direkt* vom Volke gewählte *zentral*staatliche Organ mit herausragender demo-

kratischer Legitimation"[5] diese Funktionen auch erfüllen zu können, soll es als „Repräsentant der mannigfachen gesellschaftlichen Interessen- und Meinungsströmungen" von einem *konstruktiven* „Dualismus von Parlamentsmehrheit (einschließlich Regierung) und parlamentarischer Opposition"[6] prozessual getragen werden. Diese „*legitime* Opposition"[7] hat über das von ihr im vorgegebenen Rahmen entwickelte Angebot „systemimmanenter Alternativen" nur ein „allgemein akzeptiertes" Ziel zu verfolgen: die Regierungsübernahme/-beteiligung. Um grundlegende Veränderungen des ganzen Systems *innerhalb* des demokratischen Rahmens zu verhindern und den Status quo aufrechterhalten zu können, sollen (vermeintlich) progressive Gruppierungen mit (wirklich) alternativen Politik-Angeboten vom staatlich kontrollierten „Heilmittel" des reformistischen „Gangs durch die Institutionen" abhängig gemacht werden, der das paradiesische Ziel des gesellschaftsrelevanten Eingriffs in die Handlungsabläufe der politischen Einheit aus Regierung, Regierungsmehrheit und Ministerialbürokratie verheißt. Dieser reformistische Weg ist dann aufgrund der einschränkenden Strukturvorgabe mit einem solch hohen Grad an Selbstaufgabe, Opportunismus & Anpassung an das Bestehende verbunden, daß es auf Seiten der VertreterInnen eines Kollektivwillens zur Veränderung unweigerlich zu einer schleichenden Verinnerlichung vorher abgelehnter Machtpotentiale kommt, die schließlich gegen die programmatisch zu vertretenden Interessen der UnterstützerInnen eingesetzt werden (müssen).

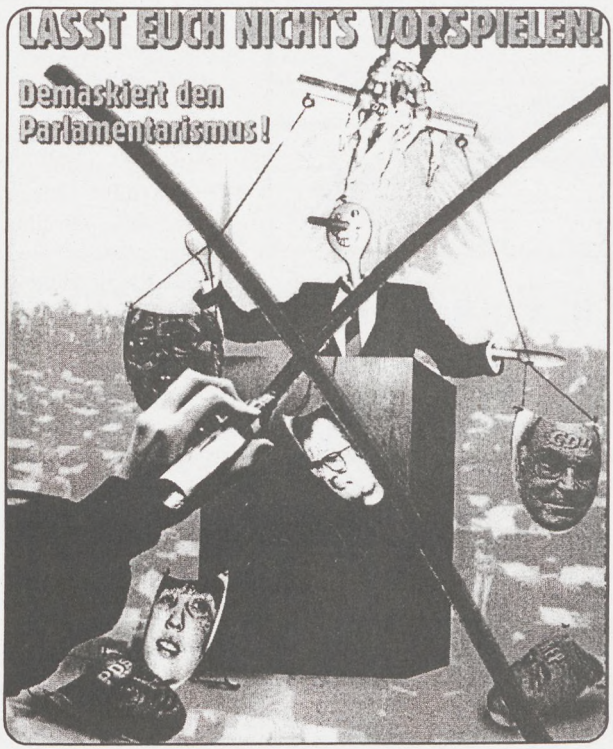


Vor allem gesellschaftlich notwendige Umwälzungen im Bereich der strukturbedingten Unterdrückungsformen, die das autoritäre Staatsgefüge BRD prägen, können im Rahmen dieses Parlaments, das sich zu einem Großteil sowieso aus weißen, prokapitalistisch eingestellten, christlich-säkular sozialisierten Männern zusammensetzt, nicht erzielt werden, weil diese Durchsetzung der Interessen relativ machtloser Gruppen und Klassen von den mächtigen Männereliten, Oligarchien, Klassen, Schichten, Gruppen verhindert wird (Antagonismus zwischen Herrschenden und Beherrschten). Bestimmte, nicht neutralisierbare strukturelle Vorteile bestimmter Gruppen und ganz gewisse Machtmechanismen, die in dieses auf Zwängen basierende System eingebaut wurden, blokkieren Veränderungswillen genau *dort*, wo es um die herrschaftsstabilisierende Koordination, Aufrechterhaltung, Verbreitung und Legitimation vor allem kapitalistischer, sexistischer, rassistischer, imperialistischer Interessen oligarchischer Führungsgremien geht.

Das Parlament steht keinesfalls im Dienste des „deutschen Volkes", das durch die Wahl zwischen mehreren Parteien/BewerberInnen für die fraktionelle Zusammensetzung des Bundestags/das Amt der Bundestagsabgeordneten auf wichtige Entscheidungen Einfluß nehmen könnte: Von einer Gewalt, die *direkt* vom souveränen Volk ausgeht, aber aus Gründen der Effektivität repräsentativ-demokratisch auf das Parlament übertragen wird, kann in einem hierarchisch gegliederten, machtmechanistisch geprägten und

unter wirtschaftlichen, kulturellen, judikativen, religiösen, politischen Eliten aufgeteilten Staatsgebilde wie dem der BRD nicht die Rede sein. Vielmehr steht diese »Gewalt« ausschließlich im Dienste der Verteidiger(innen) des organisierten Kapitalismus, der Männerherrschaft (und der damit verbundenen patriarchalen Werte und Normen) und der auf langen kolonialen Traditionen aufbauenden Rassismen (die Abschottungs- und Instrumentalisierungsfunktionen zu erfüllen haben).

Die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Gruppierungen, die programmatisch und (inner)organisatorisch etwa am Willen zur grundlegenden Veränderung der Eigentumsverhältnisse, der Durchdringung der Gesellschaft mit kapitalistischen, rassistischen oder sexistischen Handlungsanweisungen, Vorstellungen, Symbolen oder der nach außen gerichteten Abschottungsversuche festhalten, werden durch repressive, antagonismusverschleiernde Techniken des an Logistik, (militärischer) Schlagkraft oder Organisiertheit weit überlegenen Regimes so stark eingegrenzt, daß sie *entweder* zur gesellschaftlichen Irrelevanz verkommen *oder* für die Herrschenden die wichtige Funktion der mit aller Vehemenz zu bekämpfenden inneren Staatsfeinde übernehmen (müssen). Übrig sollen die Organisationen/Parteien bleiben, die eine Repräsentation sozialer Antagonismen/"Sprengstoffe" (z. B. Mann <=> Frau; Kapital <=> Arbeit; Weiße <=> Schwarze, JüdInnen, ImmigrantInnen, Flüchtlinge; Industriegesellschaft <=> Umwelt) ebenfalls nicht gewährleisten können oder wollen und sich deshalb - keinesfalls oppositionell, sondern in „bester" opportunistischer Manier - am lähmenden Status quo orientieren, der weiter oben schon beschrieben wurde. Dabei widersprechen diese Parteien bereits innerorganisatorisch basisdemokratischen Konzeptionen und begünstigen dadurch oligarchische Führungsstrukturen, die die Wirksamkeit der „von unten" ausgesendeten Impulse im Bereich der gegenseitigen sozialen Kontrolle der einzelnen Angehörigen blokkieren und schließlich zu kleinen Entscheidungszirkeln, Machtmißbrauch, Kompetenzüberschreitung, Zentralisierung, Unfähigkeit zur Einsetzung imperativer Mandate „führt". Hinzu kommt, daß die zur Wahl antretenden Parteien aufgrund der sich überschneidenden sozialen Zusammensetzung ihrer jeweils „spezifischen" WählerInnenschaft „in der Taktik ihrer Selbstdarstellung auf nahezu identische Erwartungs- und Anspruchsstrukturen Rücksicht zu nehmen"[8] haben.



Ausschnitt aus einem KuK-Plakat vom Juni '94

„Unter diesen Umständen bleibt einer in Opposition befindlichen Partei und Fraktion unter wahltaktischen Gesichtspunkten keine Alternative, als - mit Nuancen - dasselbe zu fordern,

was die Regierung zu tun sich anschickt, weil sie sich nur so die prinzipielle Wählbarkeit bei den von der Regierung bereits begünstigten Wählergruppen erhalten kann. Dieser Mechanismus führt einerseits zu einer erzwungenen Übereinstimmung der Parteien und Fraktionen in ***Grundsatzfragen*** *und andererseits zu ritualistisch anmutenden Versuchen, die Identität des Partei-»Profils« durch angestrengte* ***Oberflächen-Differenzierung*** *und* ***Schein-Polemik*** *glaubhaft zu machen. Nur in sekundären Fragen sind Programm-Kontroversen wahrscheinlich."*[9]

Um also die radikale Demokratisierung der Gesellschaft, die Außerkraftsetzung all der nationenkonstituierenden Unterdrückungsverhältnisse (vom Chauvinismus, Rassismus über Kapitalismus, Sexismus bis hin zur Ausbeutung/Vernichtung der Umwelt), die inhaltliche Füllung bloß formaler Freiheitsrechte der Individuen und die Selbstbestimmung des Menschen erreichen und so - reflexiv, also sich selbst jeweils zum Thema der Auseinandersetzung machend - einer herrschaftslosen Gesellschaft (langsam) entgegengehen zu können, muß der reformistische Weg *in* dieses herrschaftsstützende Parlament abgelehnt und durch eine soziale Revolution des ganzen Systems ersetzt werden. Sonst verfangen sich systemantagonistische Bewegungen unweigerlich in den Strukturen dieses Staatsapparates, der von vornherein nur ganz bestimmte Fragen, Handlungen, Debatten zuläßt und dessen Institutionen nicht beliebig anders benutzt werden können, um jede „oppositionelle Bewegung auf die Einhaltung der parlamentarischen Spielregeln (zu) vereidigen"[10]: Sind diese Bewegungen nämlich parlamentarisch erstmal „geködert", können sie mit der Befreiung nicht mehr ernst machen.

Dazu ist es aber nicht nur notwendig, sich kollektiv außerparlamentarische Strukturen aufzubauen, von denen aus eine **Gegen**welt, ein **Gegen**entwurf zum **gegen**wärtigen Zwangssystem errichtet werden kann, um die Aushöhlung, die Zersetzung der gesamtgesellschaftlichen Formation, die uns mit Hilfe eines breiten Netzes aus miteinander verwebten Herrschaftsfaktoren unterdrückerisch im Zaume hält, vielleicht irgendwann einmal möglich zu machen. NEIN: Dabei darf selbstverständlich auch jener Bereich nicht unangegriffen gelassen werden, der sich - besetzt von kollaborierenden ErfüllungsgehilfInnen des legislativ eingebundenen Systems - zur zentralen Zuständigkeitsinstanz bei der konkreten Realisierung der von staatshörigen administrativen Eliten, von politischen VerwaltungsbeamtInnen mit großer Machtfülle vorgedachten Gesetzesinitiativen bzw. Grundsatzentscheidungen entwickelt hat: die mit umfangreichen Informations- und Kontrollapparaten ausgerüstete Exekutive. Sie vermag nämlich „zuverlässiger [*als das Parlament, Anm. d. Red.*] zu entscheiden, weil sie mit besseren Kenntnissen und Kooperationsmöglichkeiten ausgestattet ist, und sie kann reibungsloser ope-

ARNie INFO EXPRESS
Infrundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ mit "Kurz & LINKSBündig
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

rieren, weil ihre nicht-öffentlichen Entscheidungsprozesse vom Legitimationsdruck [*des Parlaments, Anm. d. Red.*] entlastet sind"[11].

Weil es also Wahlen, durch die Grundlegendes generell zum Besseren gewendet werden könnte, nicht geben würde und diejenigen, die einmal in vier Jahren ihre Stimme einer machtbesessenen politischen Partei schenken, diese bereits an ihre eigenen Schlächter verloren haben, ist es wichtig, daß außerparlamentarisch organisierte soziale Bewegungen dieses geschmacklos-heuchlerische Spektakel durch Falschwahl sabotieren oder durch Nichtwahl boykottieren und andere, effektivere Orte der Auseinandersetzung betreten.

Die Benutzung des von Grund auf abgelehnten Systems bedeutet längerfristig niemals dessen Sturz, sondern vielmehr die zur Angleichung an herrschende Verhältnisse führende, insgesamt stabilisierende Integration in dasselbe. Das Ziel der revolutionären Umwälzung dieses unterdrückerischen Gesellschaftskonstrukts kann deshalb nur über den Auf- und Ausbau einer von unseren eigenen, möglichst stetig anwachsenden Zusammenhängen getragenen **antagonistischen Kultur** *erreicht werden, die den Status quo kompromißlos aushöhlt, indem sie sich durch rationale Selbstaufklärung über unsere eigenen, elementaren Interessen und Bedürfnisse und durch solidarische Willensbildung und kollektive Reflexion in herrschaftsfreien Kommunikationsräumen zu einem relevanten politischen Faktor entwickelt.*

Räterepublikanische Selbstverwaltung statt Parlamentarismus & Staat

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

Anmerkungen

1 Rudzio, Wolfgang. **Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung.** Opladen: Leske & Budrich, 1991, Seite 223

2 Rudzio, Wolfgang, ebd.

3 „ , „ , ebd.

4 „ , „ , ebd.

5 „ , „ , ebd.

6 „ , „ , ebd., S. 224

7 „ , „ , ebd.

8 Offe, Claus. **Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme**. 1968, Seite 173

9 Offe, Claus, ebd., Seiten 173/174

10 Graswurzelrevolution. **Wählt uns, Ihr habt sowieso keine Wahl**. GWR Nr. 22/23, 1976, Seite 2

11 Offe, Claus, a.a.O., Seiten 171/172

METROPROLETAN
Archiv und Bibliothek

»Das *Archiv & Bibliothek Metroproletan* wurde im September 1990 gegründet. Seine Aufgabe ist, Literatur, Zeitschriften und Dokumente zu linker Theorie, Geschichte und Bewegung zu sammeln, zu dokumentieren und zu verbreiten. Inzwischen umfaßt [seine] Sammlung über 6000 Bücher, Zeitschriften und Materialien, und sie wächst ständig. Es wurden zahlreiche Lesungen, Diskussionsrunden, Veranstaltungen und Ausstellungen organisiert. Im Rahmen [seiner] Arbeit kooperiert [es] mit diversen linken Buchhandlungen und Verlagen. Das Metroproletan hatte seinen Standort bis Ende 1997 im KOMM [Kommunikationszentrum]. Dort war es ein Ort linker Gegenöffentlichkeit. Nach dem Machtwechsel im Nürnberger Rathaus wurde der KOMM-Selbstverwaltung der Mietvertrag zum Jahresende 1997 gekündigt. [Wir berichteten in der *Sabo* (01/98)] Das Metroproletan mußte das KOMM verlassen, weil es radikal links ist, weil die CSU hier die „gesamte Hundeideologie des roten Terrors" wähnt (Zitat Unionsreport November 1997), weil das Metroproletan die Opposition gegen das vom Stadtrat unterstützte Umstrukturierungskonzept mit organisiert und getragen hat.

Wir machen weiter!«

Metroproletan Nürnberg

[Ja, wenn ihr mal **donnerstags** in Nürnberg seid, dann könnt ihr ja zwischen 19.00 und 22.00 Uhr im Metroproletan vorbeischauen: METROPROLETAN • Archiv & Bibliothek • Eberhardshofstraße 11 • 90429 Nürnberg • Fax (0911) 24 49 24 0]

Achtung! **NPD-Großdemonstration in Göppingen verhindern!**

Am 5. September plant die NPD unter dem Motto *„Deutschland uns Deutschen"* eine *„Großdemonstration des nationalen Widerstandes"* in Göppingen. Reden sollen u.a. Stefan Göbeke-Teichert (NPD-Bundestagsdirektkandidat für den Wahlkreis Göppingen) und Bernhard Pauli (ehemaliges NPD-Parteivorstandsmitglied). Die Faschos wollen sich um 14.00 Uhr am Hauptbahnhof formieren. (*Verwaltungsgerichtlich ist dies aber noch nicht abgesegnet!*) Um das zu verhindern, werden sich AntifaschistInnen unterschiedlicher Couleur um 12.00 Uhr ebenfalls am Bahnhof treffen. **Achtet auf weitere aktuelle Ankündigungen!**

Solidarität mit den Passauer AntifaschistInnen!

Am 12. Mai 1998 wurden bundesweit über 35 Wohnungen und Geschäftsräume nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) durchsucht. Die Ermittlungen richten sich gegen 39 Personen, die eine kriminelle Vereinigung innerhalb der Antifa Passau gegründet haben sollen.

Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle!

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Schafft Öffentlichkeit, solidarisiert euch, sammelt und spendet Geld!

Spendenkonto: Rechtshilfefond • Kto 3 608 298 • Blz 740 900 00 • Raiffeisenbank Passau/Freyung • Stichwort: 12. Mai

Wenn sich Musikgruppen einem Sound annähern, der in die Schublade „Ska-Punk" gepackt werden kann, dann geraten sie unweigerlich ins Fahrwasser von Bands wie *Citizen Fish*, *Operation Ivy* oder *Voodoo Glow Skulls*. Das mag daran liegen, daß die Kultwerdung von Bands, die relativ unabhängige Musikstile zu einer charakterstarken Symbiose verschmolzen haben, zur Entstehung von Maßstäben geführt hat, an denen sich alle im folgenden daran anschließenden Gruppen zu orientieren haben. Wenn beispielsweise von „Jazz-Core" die Rede ist, dann fallen einer/m ja auch gleich die Namen *No Means No* und *Victim's Family* ein.

Aber sie *so* auf diese Schublade zu reduzieren, daß sie bis zur Unkenntlichkeit darin verschwindet oder gar zum bloßen Abklatsch der oben bereits genannten „Götter" dieser Etikette degradiert wird, wäre äußerst ungerecht. Sie ist nämlich nach mehrmaligem Anhören so facettenreich, daß das Abspielenlassen zu einem wahren Erlebnis werden kann. Neben der geschickt bewerkstelligten Kombination aus Ska und Punk finden sich nämlich auch Anleihen aus den Bereichen HipHop, Jazz und Reggae, die in den Liedern oftmals durch abrupte Tempowechsel eingeläutet werden. Alles in allem also mehr als 52 Minuten Musik vom Feinsten (über die Texte läßt sich aufgrund des Fehlens eines Textblattes nur sagen, daß sie „persönlich" zu sein scheinen), die ihre Roots in Jamaika und den USA hat, neben den üblichen Instrumenten noch mit dem Einsatz von Saxofon, Trompete und Posaune aufwarten kann und gute Laune zu transportieren weiß, auch wenn sie an einigen Stellen etwas fetter hätte produziert werden können. Holt sie euch bei eurer/m örtlichen RecordDealerIn!

SKUNK

»Just trust tomorrow«

Aber das scheinbar auf ewig Festgeschriebene kann von Zeit zu Zeit ja auch aufgebrochen, gemischt und neu zusammengelegt werden. So ist es auch bei der uns zugesandten CD der deutschen Combo **Skunk**, die den Titel „*Just trust tomorrow*" trägt und am 22.06.1998 auf den Markt geworfen wurde. Die auf ART BEAT RECORDS veröffentlichte CD bietet musikalisch definitiv „Ska-Punk". (Bereits der Bandname ist ja eine terminologische Verschmelzung der Begriffe *Sk[a]* und *[P]unk*, wobei beim Zusammenfügen jeweils der letzte beziehungsweise erste Buchstabe dieser Wörter „abgetrennt" wurde.)

Autonomes Redaktionskollektiv

SKUNK: „*Just trust tomorrow*", **Art Beat Records** • Medienhaus West • Leverkusenerstraße 25 • 22761 Hamburg • Tel.: (040) 85 37 57-27, Fax: (040) 85 37 57-31, Juni 1998, 52:39 min

Demos & Veranstaltungen

Fr. 04.09.
KINO-Abend im AZ — 21.00 Uhr

Mit Videobeamer: Filme „Haß" und „Breaking Glass" im Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ)

»Straßenschlachten in einer Pariser Trabantenstadt. Nachdem ein 16jähriger im Verhör lebensbedrohlich zugerichtet wurde, schwört ein anderer Jugendlicher, einen [flic] zu töten, falls sein Freund stirbt. Eine bedrängende Exkursion in das Leben der „Banlieue", in denen die Jugendlichen einer hoffnungslosen Zukunft entgegensehen. Die präzise Inszenierung analysiert schonungslos die soziale Zeitbombe und verdichtet dabei ihre zentralen Themen von Gewalt und ihren Folgen, Solidarität und Ohnmacht in eindringlichen Bildern.«

„La Haine", Frankreich 1994, Regie: Mathieu Kassovitz, Länge: 98 min (schwarz-weiß)

»Die Geschichte einer jungen Punkrock-Sängerin [Hazel O'Connor], die von der Musikbranche skrupellos vermarktet wird, bis sie an der Spannung zwischen ihrer Individualität und dem kommerziellen Image zerbricht.«

„Breaking Glass", England 1980, Regie: Brian Gibson, Länge: 104 min

Veranstaltet von den Kino-Freaks des AZ

Aktionswoche „Wann, wenn nicht jetzt?!?" für die Demontage des Atomstaates

In der Zeit zwischen 10. und 20. September wird es unter dem Motto *„Atomanlagen abschalten - sofort!"* in folgenden Städten Anti-AKW-Camps, Demonstrationen, Aktionen, Kundgebungen, Konzerte und/oder Spaziergänge geben: Greifswald, Stade, Saarbrücken, Lingen, Gronau, Ahaus. Die aufrufenden *Gruppen des Delegiertentreffens Ahaus* und der *deutsch-niederländischen Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland* wollen mit gemeinsamem, entschlossenem, vielfältigem Widerstand die AKW-BetreiberInnen und die herrschende Politik zum Umdenken zwingen. Sie fordern die sofortige Stillegung aller Atomanlagen und das Verbot aller Atomtransporte. An den jeweiligen Orten des Widerstandes werden Infotelefone eingerichtet sein, deren Nummern wir jeweils angeben. Näheres zur Aktionswoche findet ihr auf den Seiten 18 und 19 dieser *Sabo*:

Do. 10.09.
„Testcamp" in Greifswald

Bis zum 13.09. soll es am atomaren „Zwischen"-Lager in Greifswald ein sogenanntes „Testcamp" widerständlerischer Anti-AKWlerInnen geben.

[Infos unter BI Greifswald 03834 892150]

Sa. 12.09.
Demo/Aktionen am AKW in Stade

[Infos bei der Mobilisierungsgruppe unter 040 4229116]

Sa. 12.09.
Sternmarsch auf der Castor-Strecke

Mit einem Sternmarsch und einem Konzert der Gruppe *Schienenfrühstück* soll an diesem und am darauffolgenden Tag auf die Gefahren der Castortransporte hingewiesen werden. Beides findet in der Nähe Saarbrückens statt.

[Infos beim Koordinationskreis Saarbrücken unter 0681 635359]

So. 13.09.
Kundgebung/Demo in Lingen 14.00 Uhr

»Lingen ist Standort von drei Atomanlagen: ein altes AKW, das seit 1977 stillgelegt ist, das AKW Lingen II ... und die Brennelementefabrik

ANF... Daraus ergibt sich auch in Lingen eine beträchtliche Anzahl von Atomtransporten. (...) Der nächste Castor-Transport soll Ende dieses, Anfang nächsten Jahres [von hier] nach Ahaus gehen.«

Die Kundgebung/Demonstration findet aus symbolischen Gründen am „Tag der geschlossenen Tür" im AKW statt.

Treffpunkt: 14.00 Uhr, Innenstadt Lingen

[Nähere Infos bei der autonomen Anti-Atomgruppe unter 0591 72672]

Mo. 14.09.
Widerstandscamp in Gronau

»In Gronau steht Deutschlands einzige Urananreicherungsanlage, in der das Uran für den Einsatz im AKW vorbereitet wird. (...) Widerstand gegen den weltweiten Uranabbau ist notwendig, denn Uran, das nicht angereichert wird, landet letztlich nicht als Atommüll im Castor.«

Deshalb wird es zwischen Uran- und Castortransporten ein Widerstandscamp in Gronau geben.

[Nähere Infos bei der AS Gronau unter 02562 700189]

So. 20.09.
Anti-AKW-Aktionstag in Ahaus 14.00 Uhr

»Einer der drei Castoren, die im März aus Neckarwestheim und Gundremmingen [nach Ahaus] kamen, war ... verseucht. ... In Ahaus [wird] an weiteren Erweiterungen der Lagerkapazität und einer neuen Fabrik zur Verarbeitung mittel- und schwachradioaktiver Abfälle, nebst Lagerhalle, gearbeitet. Von einem bevorstehenden Ausstieg also keine Spur.«

Mit einer Kundgebung, diversen anderen Aktionen und einem Sonntagsspaziergang am atomaren „Zwischen"-Lager Ahaus soll unter Beweis gestellt werden, daß Ahaus neben Gorleben »zu einem weiteren Brennpunkt im Widerstand« gegen die Atommafia gemacht werden konnte.

Treffpunkt: 14.00 Uhr, Innenstadt Ahaus

[Nähere Infos bei **InfaM** unter 02566 96394]

Fr. 11.09.
KINO-Abend im AZ HD 21.00 Uhr

Mit Videobeamer: Film „Der Garten" im AZ HD

»Jakob, ein etwa dreißigjähriger Müßiggänger, gerät durch Zufall auf das verfallene Gehöft seines verstorbenen Großvaters. Als er dessen Aufzeichnungen entdeckt, erschließt sich ihm ein geheimnisvoller Mikrokosmos. Merkwürdige Ereignisse und Begegnungen vermitteln ihm eine völlig neue Weltsicht.«

„Le Jardin/Zahrada", Frankreich/Slowakei 1995, Regie: Martin Sulik, Länge: 100 min

Veranstaltet von den Kino-Freaks des AZ

Sa. 12.09.
Demo in Münster

Nazi-Aufmarsch in Münster verhindern!

Aufgrund der „Feiern" zum „Deutschlandtag", die am 19.09.1998 in mehreren Städten der BRD abgehalten werden und die nationalen Kräfte medienwirksam bündeln sollen, ist die von NPD und Vertriebenenverbänden anläßlich der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht in Münster angemeldete Kundgebung und Demonstration um eine Woche nach vorne verlegt worden. „Es wird umfangreiche dezentrale Gegenveranstaltungen, Aktionen und Demos geben, mit dem klaren Ziel, diesen Nazi-Aufmarsch zu verhindern. (...) [Nähere] Infos gibt es unter der Telefonnummer (0251) 52 11 12 [Mo und Fr von 15.00 - 18.00 Uhr]."

Sa. 12.09.
Rock gegen Rechts in Bietigheim-Bissingen 14.00 Uhr

Open Air Festival gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus

Zum wiederholten Male präsentiert die *Arbeitsgruppe Rock gegen Rechts* beim Berufsschulzentrum Bietigheim-Bissingen das Rock gegen Rechts Open Air. Ab 14.00 Uhr wird es internationale Spezialitäten, Bewirtung, Ausstellungen und

Infostände geben. Ab 14.30 beginnt dann auch schon das Konzert mit MY DEEPEST INNER (Trashcore). Danach spielen in dieser Reihenfolge: DREAMS BURN DOWN (Punk Rock), SUCKS A PHONE (HipHopFusion), EMBRYO (Ethno/World), GUTS PIE EARSHOT (Hardcore) und COURT JESTER'S CREW (Ska).

Veranstaltet vom
Jugendhaus Farbstraße Bietigheim

Sa. 19.09.
Nazi-Aufmarsch in Rostock verhindern

»Als Abschluß ihres Wahlkampfs in Mecklenburg-Vorpommern plant die faschistische NPD [Nationaldemokratische Partei Deutschland] am 19. September eine Großdemonstration in Rostock-Lichtenhagen. Abschlußkundgebungsort ist das Sonnenblumenhaus, vor dem 1992 über mehrere Tage pogromartige Angriffe auf die damalige zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge und das Wohnheim der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen stattfanden. Zu Gegenaktivitäten rufen die *Antifa Rostock* und das *Bündnis gegen Rechts* Rostock auf. Unterstützt wird die Mobilisierung von verschiedenen Antifas und der *Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation*. Neben einer antifaschistischen Demonstration ist ein linkes Straßenfest in Rostock-Lichtenhagen und ein Rockkonzert geplant. (Weitere Informationen gibt es im Infoladen Moskito Heidelberg und über die Autonome Antifa Heidelberg.)

Kein Fußbreit den Faschisten
Nazi-Aufmarsch in Rostock verhindern!«

[Näheres dazu findet ihr im Aufruf der Antifa Rostock in dieser *Sabo*.]

Sa. 19.09.
Bundesweite Demo in Köln 12.00 Uhr

Abschlußdemo der Karawane in Köln

Zum Abschluß der über einen Monat durch „deutsche Lande" ziehenden *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen* findet in Köln die bundesweite Abschlußdemo dieser politischen Aktion statt. Dann wird sie in über 40 Städten der BRD Station gemacht haben, um dort mit den unterschiedlichsten Aktionen die Situation der Flüchtenden in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestellt zu haben.

Treffpunkte: 12.00 Uhr Ebertplatz/
14.00 Uhr Neumarkt, Köln
[Näheres zur *Karawane* entnehmt ihr dem längeren Text in dieser *Sabo*.]

Mo. 26.09.
DVU-Parteitag in Passau verhindern

»Einen Tag vor den Bundestagswahlen will die faschistische DVU [**D**eutsche **V**olks **U**nion] in der Nibelungenhalle in Passau wie jedes Jahr ihren Parteitag abhalten. De DVU machte nach ihren Wahlerfolgen in Sachsen-Anhalt und ihrem Einzug in den dortigen Landtag Schlagzeilen und steht mit für den kontinuierlichen rechten Vormarsch. Dem muß entgegengetreten werden. Die *Antifaschistische Aktion Passau* und die *Passauer Aktion Zivilcourage* [PAZ], die bereits die Blockadeaktionen zum NPD-Kongreß im Februar mit initiiert hatte, rufen zu Blockadeaktionen auf. Am Nachmittag wird eine antifaschistische Gegendemonstration stattfinden, zu der auch die AA/BO aufruft.«

(*Von Heidelberg aus wird ein Bus nach Passau fahren. Karten und Informationen erhaltet ihr im Infoladen Moskito Heidelberg und über die Autonome Antifa Heidelberg.*)

DVU-Parteitag in Passau verhindern!

JUZ MA

Selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im September 1998

FR 11.09. SPIRITUAL NIGHT (Gothic-Dark Wave-Disco)
20.00 Uhr

SA 12.09. Krempelmarktfrühstück ab 8.00 Uhr
N.E.W.I.W. - die Mitternachtsdisco im JUZ:
Drum 'n' Bass, Hip-Trip-Hopp 23.00 Uhr

FR 25.09. Newcomer-Konzert mit drei Bands aus der Region
20.00 Uhr

SO 27.09. Punk-Konzert mit ACROSS THE BORDER u. a.
20.00 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim